

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

4.6.1861 (No. 129)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 4. Juni.

N. 129.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Amtlicher Theil.

I. Ordensverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 30. v. M. gnädigst bewogen gefunden, dem Dr. August Lorentz in Mannheim das Ritterkreuz mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

II. Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 25. v. M. gnädigst bewogen gefunden, dem evangelischen Hauptlehrer Dülking in Mannheim, in Anerkennung seiner fünfzigjährigen treuen Dienste, die kleine goldene Zivil-Verdienstmedaille, und unter dem 30. v. M. dem Bürgermeister und Unterbürger Franz Kaver Rieser in Weitzbrunn die kleine goldene Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

III. Dienstaufhebungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 12. v. M. gnädigst bewogen gefunden: die erledigte evangelische Pfarrei Baldwimmersbach, Dekanats Neckargemünd, dem Pfarrverweser Wilhelm Gottlieb Palm in Baiertal, und die evangelische Pfarrei Sand, Dekanats Rorb, dem Pfarrverweser Karl Weyer in Mannheim zu übertragen; unter dem 27. v. M. den Amtsrath Herrn v. Ungern-Sternberg zu Heidelberg als Legationsrath mit dem Rang des Raths einer Mittelstelle zum Vorstand des großh. Geheimen Kabinetts zu ernennen.

Der von Seiten der k. sächs. Leiningenschen Landesherren erfolgten Präsentation des Pfarrverwesers Bild in Oberacker auf die evangelische Pfarrei Neckargemünd ist die kirchlich-genehmigte Genehmigung erteilt worden. Der von Seiten der k. sächs. Leiningenschen Landesherren erfolgten Präsentation des Pfarrverwesers Karl Friedrich Meyer aus Durlach auf die evangelische Pfarrei Hirschlanden ist die kirchlich-genehmigte Genehmigung erteilt worden.

IV. Dienstverordnungen.

Das Amtsrevizorat Oberkirch. Die Stelle eines Assistenten ohne Staatsdiener-Eigenchaft in Tiefenbrunn, Oberamts Pforzheim, mit einem jährlichen Gehalte von 300 fl. Die evangelische Pfarrei Dertingen, Dekanats Weitzheim, mit einem Kompetenzanschlag von 842 fl. 8 kr. Die Pfarrei Weuern an der Aach, Kapitel St. Engel, mit einem Einkommen von beiläufig 750 fl.; die Bewerber um diese Pfründe haben sich mit ihren Gesuchen binnen sechs Wochen an den Hrn. Grafen von Langenstein zu wenden.

V. Todesfälle.

Gestorben sind: Am 27. April d. J.: der pensionirte Pfarrer Benzler von Feudenheim. Am 22. Mai d. J.: der außerordentliche Professor Dr. Braehm an der Universität Heidelberg.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Juni. Das „Dresdener Journal“ stimmt nunmehr auch in die Entrüstung des „Württembergischen Staatsanzeigers“ über den vielbesprochenen Daily-News-Artikel ein. Da auch wir wiederholt unser Vertrauen ausgesprochen haben, daß er keine Verleumdung enthalte, müssen wir unsere Zusammenstellung mit dem ledigen Ausländer zurückweisen. Freilich die württembergische freie Hand über die Armee zur Erhaltung der Selbständigkeit und die sächsische Rührigkeit in der deutschen Frage, um deren Lösung ad graecas calendae zu verschieben, werden wir nach wie vor bekämpfen. Wie wir aber dadurch mitverantwortlich werden sollen für die Annahmen der Pariser „Presse“, welche nach dem „Dresdener Journal“ Appetit nach deutschem Boden verrieth, vermögen wir nicht einzusehen. Wir denken, wenn unser Volk von idealem Schwung erfüllt ist, um sich als politische Nation zu konstituieren und zu behaupten, wird darin der zuverlässigste Schutz gegen fremde Annäherung enthalten sein.

Karlsruhe, 3. Juni. Die „Postzeitung“ findet meine Ausführungen über gemeinsame deutsche Gesetzgebung, welche Sie kürzlich veröffentlichten, „kurios“; der „Nürnberger Korrespondent“ ist über jenen Artikel sehr ungehalten, und der „Württembergische Staatsanzeiger“ drückt diesen Unwillen nach. Ich finde diese Erörterung gar nicht kurios, sondern höchst begründet, und könnte mich bei dieser Dittung der Gegner über die Richtigkeit meiner Ansicht beruhigen. Die Schweiz ist ohne Einheit der Justizgesetze aus einem losen Staatenbund ein Achtung gebietender Bundesstaat geworden; das weltbeherrschende England hat trotz seiner einseitigen Staats-

verfassung bis zur Stunde einen ziemlich weitgehenden Partikularismus in seinen Gesetzen. Hat hier die Verschiedenartigkeit des Rechts der politischen Macht nichts geschadet, so hat umgekehrt diese z. B. in Oesterreich dadurch nicht gewonnen, daß den Ungarn österreichische Gesetze oktroyirt wurden, obgleich dieselben zum Theil weit besser als das einheimische ungarische Recht sind. Die Trennung Hollands und Belgiens konnte dadurch nicht verhindert werden, daß beide gleiche, im Wesentlichen französische Gesetzgebung hatten und noch haben. Weitere unzählige Belege dafür, daß gemeinsame Justizgesetze nur von sehr untergeordneter Bedeutung für eine gemeinsame politische Entwicklung sind, mögen sich die geehrten Hh. Gegner selbst aus der Geschichte zusammensuchen. Sie müssen statt Schlagwörter Gründe bringen, wenn sie sich von dem Verdachte reinigen wollen, sie kämpften für gemeinsame deutsche Gesetzgebung nur darum, um die Aufmerksamkeit von dem abulenken, worin einseitliche Zusammenfassung unserer Kräfte vor Allem Noth thut, von der Konzentration der militärischen und diplomatischen Leitung Deutschlands. „Kurios“ ist nur, daß diejenigen, welche den Bundesstaat als unentzerrliche Zentralisation verwerfen, statt der unentzerrlichen politischen Zusammenfassung unserer Kräfte die jedenfalls entbehrlichere Zentralisation unserer Rechtsentwicklung befürworten. Doch, man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Ich hätte diese kaum erforderliche Entgegnung wohl unterlassen, wenn mir nicht einige thatächliche Berichtigungen in den Ausführungen der ehrenwerthen Gegner erforderlich schienen. Sie behandeln mich als einen unbedingten Opponenten gegen gemeinsame deutsche Gesetzgebung, und doch habe ich das technisch-wissenschaftliche Bedürfnis nach einer solchen, und damit auch ihre mittelbare praktische Nothwendigkeit anerkannt, da die Erziehung und Fortbildung eines unferen komplizierten Lebensverhältnissen genügenden Rechts ohne wissenschaftliche Hilfe unmöglich ist. Ich habe den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, einer einmal konstituirten deutschen Zentralgewalt werde es gelingen, das richtige Maß der erforderlichen Gemeinsamkeit deutscher Justizgesetze zu finden. Ich lebe des Glaubens, in allem Dem mit dem Zweck, dessen Bestrebungen der „Nürnberger Korrespondent“ gewiß nicht aufrichtiger anerkennen kann, als ich, näher verwandt zu sein, als mein Gegner. Ich könnte ihm wenigstens sehr hervorragende Mitglieder und Freunde dieses Vereins namhaft machen, welche eine Fortführung gemeinsamer deutscher Gesetzgebung durch Regierungskommissionen, wobei den Kammern eine bloße Scheinanktion verbliebe, dem deutschen Volksrecht für viel gefährlicher und nachtheiliger erachten, als die jetzige Rechtszersplitterung. Der Handelsrat fand den gleichen modus procedendi bei Handelsverträgen so bedenklich, daß er ein Zollparlament verlangte. Mir dünkt, und Das sollte man vor Allem in dem deutschen Staat anerkennen, welcher sich so gerne der älteste und edelste konstitutionelle nennt, auch die deutsche Gesetzgebung darf nicht ohne wirkliche Theilnahme der Volksvertretung fortgeführt werden; und ist ihre Fortführung mit einigen dreißig Kammern eine Unmöglichkeit, so wird eben ein einseitiges Parlament auch in dieser Rücksicht unentbehrlich. Nicht mit den Zielen des Juristentages, dessen Führer seine freisinnige und nationale Richtung mehr als genügend verbürgen, sondern nur mit dem „Nürnberger Korrespondenten“ und seinen Genossen bin ich im Widerspruch, welche es „kurios“ finden, daß ich das Wünschenswerthe hinter das Nothwendige zurücksetze und nicht will, daß jenes durch Mittel, Untergrabung der Autorität der Volksvertretung, verfolgt werde, welche dieses für immer vereiteln könnten.

Karlsruhe, 3. Juni. Wie wir vernehmen, haben die Hh. Prälat Ulmann und Ministerialrath Bähr ihre Wahl zur Generalsynode abgelehnt.

Pforzheim, 2. Juni. In der Nacht vom 29. auf den 30. v. M. erlitt die Stützmauer in dem an das nördliche Ende des Pforzheimer Tunnels sich anschließenden Einschnitte eine kleine Ausbiegung, in deren Folge sich einige Verkleidungssteine ablösten. Die Mauer muß deshalb auf eine Erstreckung von etwa 100 Fuß abgetragen werden. Zur genaueren Konstatirung der Veranlassung dieses Unfalls ist bereits von großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus eingehende Anordnung getroffen. Nach dem Urtheil der am 31. v. M. auf der Baustelle anwesenden Mitglieder gedachter Stelle wird dieser Unfall voraussichtlich keine Verögerung der auf den 1. Juli in Aussicht genommenen Bahnöffnung von Wisserdingen nach Pforzheim veranlassen.

Heidelberg, 2. Juni. Die „Allgemeine Ztg.“ bringt mit der Miene vollkommener Sicherheit die Nachricht, daß unser neuer Minister des Auswärtigen, Hr. v. Roggenbach, am Pfingsten eine mehrtägige Infognitzusammenkunft mit dem Herzog von Koburg in Heidelberg gehabt habe. Sie muß so geheimnißvoll gewesen sein, daß außer dem Augsburger Berichterstatter Niemand weder den Einen noch den Andern der Genannten hier sah. Für das Alibi des Hrn. v. Roggenbach könnte ich nöthigenfalls selbst als Zeuge dienen, da ich ihm in der fraglichen Zeit zufällig in Freiburg begegnete.

Rippoldsau, 1. Juni. Die diesjährige Saison hat bereits in der zweiten Hälfte des vorigen Monats mit dem Eintreffen der ersten Kurgäste begonnen und jeder Tag fährt den hiesigen heilkräftigen Quellen und dem durch seinen reizenden Landschaftscharakter und aromatische Gebirgsluft berühmten Kurorte neue Gäste und Fremde zu. Mit dem heutigen Tage ist die Postverbindung von Appenweier durch das Renththal nach Rippoldsau eröffnet und auch für die Reisegelegenheit durch das Kinzigthal von Wolfach hieher ist seit längerer Zeit von der Direktion der Berkehrsanstalten aufs Beste gesorgt, was von den Bewohnern der Umgegend, wie von den im verfloffenen Frühjahr das Thal durchstreifenden Touristen häufig dankenswerth anerkannt wurde. Vielfache Erweiterungen und Verschönerungen wurden auch in diesem Jahr sowohl hier wie in den benachbarten Renthbädern durchgeführt; allenthalben herrscht in unsern frischgrünen Gebirgsbädern ein reges thätiges Leben, um allen Wünschen der eintreffenden Kurgäste entsprechen zu können. Nach den seither zahlreich eingezogenen Wohnungsbestellungen sieht man einem rasch sich entwickelnden Badeleben und einem lebhaften und frequenten Sommer entgegen.

Freiburg, 31. Mai. Die „Freiburger Ztg.“ schreibt: Gegenüber den Mittheilungen in mehreren öffentlichen Blättern kann berichtet werden, daß hier weder ein „politischer Verein“ schon begründet worden ist, noch die Bildung eines solchen Vereines demnächst beantragt werden soll. Eine Anzahl hiesiger Bürger und Einwohner hat sich allerdings entschlossen, Angesichts eines theils andauernder, andertheils gerade jetzt besonders bedrohlicher Gefahr Deutschlands von außen her — die eine größte Gefahr für Baden fortwährend birgt — einen größeren Kreis Freiburger Männer zu einer verständigen Besprechung und gemeinschaftlichen Rundgebung ihrer Meinung über Mittel und Wege für eine genügende und dauernde Abhilfe zu veranlassen. So ist denn wohl auch jetzt, wo eine abwartende Stellung kaum erträglich bleibt, ganz still zu sitzen, der Ausdruck einer persönlichen Ueberzeugung, nicht aber ein Vereins-„Programm“ zu erwarten.

München, 1. Juni. (Südd. Ztg.) Die Verhandlungen der in Würzburg tagenden Militärkonferenz sind noch keineswegs beendet, wie einige Zeitungen gemeldet haben. Sie sollen einen für die beteiligten Regierungen sehr befriedigenden Gang nehmen.

Frankfurt, 1. Juni. Bekanntlich haben jene deutschen Bundesstaaten, welche zu Würzburg den „Entwurf zu einer Uebereinkunft für die Eintheilung, Führung und eventuell vorbereitende Aufstellung des 7., 8., 9. und 10. Bundesarmekorps bei einem ausbrechenden Kriege“ vereinbarten, diesen Entwurf durch Bayern gestern der Bundesversammlung mittheilen lassen. Nach Art. 1 dieses Entwurfs soll (dem „Frf. Journ.“ zufolge) bei einer Kriegsbedrohung, wenn die beiden Großmächte entweder mit ihrer ganzen Kriegsmacht, oder auch nur mit größeren Theilen ihrer außerdeutschen Heeresmacht über ihre Bundespflicht in den Kriegsfalle eintreten, die Ernennung und Bestellung des obersten Feldherrn über das hiedurch verhärtete deutsche Heer vertrauensvoll und mit der größten Willfährigkeit der Verständigung der beiden Großmächte anheimgegeben werden. Dasselbe soll (Art. 2) der Fall sein, wenn auch nur eine Großmacht mit ihrer gesammten Heeresmacht sich am Kriege betheiligt, während die andere nur mit ihrem Bundeskontingente in die Aktion tritt. Sollte das Bundeskontingent einer Großmacht in einem Kriegsfalle nicht mit dem Bundesheere vereinigt werden, so würden die übrigen 7 Armeekorps das „Bundesheer“ bilden und die Wahl des Bundesfeldherrn nur durch diejenigen Bundesregierungen vorgenommen werden, deren Kontingente dieses „Bundesheer“ bilden.

Frankfurt, 2. Juni. (Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 31. Mai.) Bei Eröffnung der Sitzung gab Präsidium aus Anlaß des am 18. v. M. erfolgten Ablebens des Bundestags-Gesandten von Neuf, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg, Wittl. Geheimen Raths Herrn v. Holzhausen, der tiefen Trauer über diesen schmerzlichen Verlust und der Anerkennung der während einer langen Reihe von Jahren bewährten edlen Eigenschaften des Charakters und Geistes des Verstorbenen mit dem Antrag Ausdruck, dem ältesten Bruder des Dahingeschiedenen das Beileid der Bundesversammlung ausdrücken zu lassen, worauf die Versammlung ihre volle Zustimmung kundgab.

In Beziehung auf den von Preußen in der Sitzung vom 2. v. M. wegen Revision der Bundes-Kriegsverfassung gestellten Antrag machten Bayern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Nassau und Mecklenburg-Schwerin Mittheilung von einem im Monat August v. J. zu Würzburg vereinbarten Konventionentwurf, wonach für den Fall, daß Oesterreich und Preußen oder eine dieser beiden deutschen Großmächte bei einer Kriegsbedrohung Deutschlands mit größeren Theilen ihrer außerdeutschen Heeresmacht über ihre Bundespflicht eintreten, die Ernennung und Bestellung des obersten Befehlshabers über das hiedurch verstärkte deutsche Heer, unter gewissen näheren Bestimmungen,

vertrauensvoll der Verständigung der beiden Großmächte anheimgegeben werden sollte.

Baden stellte zur Ausgleichung der divergirenden Ansichten über die Bestimmungen wegen Oberleitung des Bundesheeres einen Antrag, im Wesentlichen bejagend:

Für den Fall, daß nur die Bundesarmee, ohne Zutritt weiterer Armeetheile der deutschen Großmächte, oder daß nur ein Theil des Bundesheeres zum Kriege aufgestellt wird, sollen die Art. 12—16 der allgemeinen Umrisse und die entsprechenden Paragraphen der näheren Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung im Grundsatz aufrecht erhalten werden;

für den Fall dagegen, daß beide deutsche Großmächte mit ihren Gesamtarmeen im Verein mit den übrigen Streitkräften des Deutschen Bundes zum Kriege schreiten, soll die Art. wie die kriegsherrlichen Rechte des Deutschen Bundes ausgeübt werden sollen, namentlich die Oberleitung und Eintheilung der vereinigten Streitkräfte vertrauensvoll den Regierungen von Oesterreich und Preußen anheimgegeben und im Fall einer Verständigung hierüber die Geltung der betreffenden Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung suspendirt werden; für den Fall endlich, daß nur eine der beiden Großmächte mit ihrer Gesamtarmee im Verein mit den übrigen Streitkräften des Bundes zum Kriege schreitet, soll die einheitliche Oberleitung der zum Kriege aufgestellten Bundes-Armee, wie die Eintheilung der vereinigten Streitkräfte ersterer anheimgegeben und dieselbe gleichfalls von Beobachtung der betreffenden Vorschriften der Bundes-Kriegsverfassung entbunden werden.

Dieser Antrag wurde, wie die vorangegangene Mittheilung an den Militärausschuß verweisen.

Mehrere Regierungen gaben auf die aus Anlaß der letzten Musterung der Bundeskontingente ergangenen Erinnerungen Erklärungen ab. Auch wurden in Festungsangelegenheiten mehrere Vorträge und Beschlüsse gefaßt. Endlich ward über die Anträge des handelspolitischen Ausschusses vom 8. v. M., die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches betreffend, Umfrage gehalten und nach dem Ergebnis folgender Beschluß gezogen:

1) Den in der Sitzung vom 16. März d. J. zur Vorlage gekommenen Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches in allen seinen Theilen als nach den Anordnungen des Bundesbeschlusses vom 18. Dez. 1856 regelmäßig und vollständig beraten anzusehen und seine Vorlage als die befriedigende Ausführung dieses Bundesbeschlusses anzuerkennen;

2) die freudige Anerkennung der Gewissenhaftigkeit, des unermüdeten Eifers und der Sachkenntnis auszusprechen, mit welcher sämtliche Mitglieder der zu Nürnberg und Hamburg versammelt gewesenen Kommission, insbesondere der Präsident und die Referenten derselben, die ihnen gesetzte Aufgabe glücklich gelöst haben;

3) der k. bayrischen Staatsregierung und dem Senate der freien Stadt Hamburg für die bundesfreundliche Aufnahme und Unterstützung der Kommission zu danken;

4) nunmehr an sämtliche höchsten und hohen Bundesregierungen die Einladung zu richten, dem in der Sitzung vom 16. März d. J. vorgelegten Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches baldmöglichst und unverändert im geeigneten Wege Gesetzeskraft in ihren Ländern zu verschaffen, sowie

5) den Wunsch auszusprechen, daß die betreffenden höchsten und hohen Regierungen die Bereitwilligkeit erklären möchten, etwa später als wünschenswert erscheinende Abänderungen oder Ergänzungen dieses Gesetzbuches nicht einseitig, sondern vielmehr in derselben Weise, wie dasselbe ins Leben gerufen worden, zur Ausführung zu bringen.

Siegen, 29. Mai. (W. J.) Heute wird Gerichtstag über eine große Anzahl von Theilnehmern an der angeblich verbotenen Versammlung im Busch'schen Garten am 6. Mai, und zwar in Gemäßheit polizeilicher Denunziation, gehalten. Auch Fremde, an welche keinerlei Verbot zur Theilnahme an irgend einer Versammlung ergangen war, sind denunzirt, wie Hofg.-Adv. Mez, Buchdruckerbesitzer Kuhl aus Bughach, Fabrikant Braubach und Wirth Kreiling aus Heuchelheim. Die drei Letzteren sind selbst erschienen, um sich zu verteidigen, ebenso werden alle übrigen Denunziaten die Anzeige als eine unrichtige darstellen. Viele der davon Betroffenen haben überdies eine Beschwerdevorstellung bei großh. Ministerium des Innern gegen die hiesigen Polizeibehörden eingereicht und um deren Bestrafung wegen ungerechtfertigter Eingriffe in ihre verfassungsmäßigen und natürlichen Rechte gebeten, jedoch noch keine Verfügung erhalten.

Neu-Strelitz, 30. Mai. Bei Gelegenheit der am 27. v. M. stattgehabten Geburtstagsfeier des Königs von Hannover ist der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz zum hannoverschen General der Infanterie befördert worden.

Berlin, 1. Juni. Der erste Gegenstand der heutigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses war der Staatsvertrag mit Frankreich wegen Herstellung einer schiffbaren Verbindung zwischen dem Rhein-Meuse-Kanal und der Saare. Derselbe wurde nach längerer Diskussion, mit Verwerfung eines von Behrend gestellten Amendements, welches Vertagung bis nach vorgelegtem Kostenschlage verlangte, genehmigt. Man ging nun zur Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern über. Das Kapitel „Landräthe“ gab den Polen wieder Gelegenheit zur Herbeiführung einer jener stürmischen Szenen, auf die sie es systematisch angelegt zu haben scheinen. Die Abgg. Morawski, Lyskowski und Bentkowski bringen Klagen vor über Mangel an Kenntniß der polnischen Sprache bei vielen Landräthen, über ewige Gesetzesverletzungen u. s. w. Sie werden von dem Grafen Schwerin, dem Finanzminister und dem Abg. v. Niegolewski die bekannten polnischen Klagelieder von neuem, geht auf die Angelegenheit Niederstetter zurück, liest eine Denkschrift an den

Minister vor, ebenso einen sehr kompromittirenden Brief, spricht von Ordens betlern, Beamten, für die heut Geld bewilligt werden soll, und welche Wünsche von Proklamationen verbreiten, um gegen die Polen aufzureizen. Auch überwacht — sagte er — werde ich meine Nachforschungen nicht einstellen. „Es hat mich indignirt, daß man, anstatt die Beamten zu verfolgen, gegen mich eine Untersuchung einleiten wollte. Ich fordere diese Untersuchung, die Sache muß ausgetragen werden. Sorgen Sie dafür, daß die Sache auf gesetzlichem Wege vor sich gehe, zwingen Sie uns nicht, indem Sie uns das Gesetz aus den Händen nehmen, den Revolver in die Hand! (Laute Unterbrechung des Hauses.) Ja, meine Herren!“ Der Präsident (klingelt und schlägt mit geballter Faust auf den Tisch): Ruhig! Ich fordere das Haus auf, zu bezeugen, daß Sie die einfachsten Rücksichten der Sittlichkeit, der Sittlichkeit, der Vaterlandsliebe auf das Frevelhafteste verletzt haben. (Der Abgeordnete v. Niegolewski hatte bereits die Tribüne verlassen.) (Das Haus erhebt sich wie ein Mann. Sie haben hier Ihr Urtheil! Hr. v. Niegolewski meldet sich zum Wort.) Der Präsident: Ich gebe Ihnen nicht das Wort. (Große Aufregung im Hause.) — Darauf erhebt sich Graf Schwerin und bemerkt über die Polizeiverwaltung von Berlin: Die Regierung schenkt fortwährend Aufmerksamkeit der Verminderung der Kosten. Ich will mancherlei Aufschuldigungen unbeantwortet lassen; die Regierung hat Intriguen objektiv behandelt; sie hat spezielle Ermittlungen ange stellt, die durch die Indehandnahme der Angelegenheit der städtischen Behörden unterbrochen wurden; hiemit bewies man, daß man ein gerichtliches Verfahren wollte. Die Staatsanwaltschaft fand kein Material zur strafrechtlichen Verfolgung. Nachdem der Chef der hiesigen Polizeiverwaltung (Hr. v. Zedlitz) Untersuchung gefordert, ist die Untersuchung eingeleitet; die notwendigen Konsequenzen dieser Untersuchung mit Rücksicht auf das Gesetz von 1852 werden in den nächsten Tagen eintreten. Ich bitte dringend das Haus, die Diskussion über diesen Gegenstand nicht zu erneuern. Duncker: Ich war stets gewiß, daß, wenn erst der Minister die Ueberzeugung gewonnen, die wir ausgedrückt in den städtischen Behörden, er seiner Ueberzeugung gemäß handeln werde. Die so eben abgegebene Erklärung bezeugt, daß wir uns nicht getäuscht haben.

Im Herrenhause wurde das Handelsgesetzbuch und das Einfuhrungs-gesetz dazu mit großer Majorität angenommen. Zwar fehlte es nicht an mancherlei Bedenken, aber sie traten vor den Bitten der Minister und einiger andern Redner, ein großes deutsches Werk, zu dem Preußen die Initiative ergriffen, zum Abschluß zu bringen, zurück.

Wie die „Korresp. Stern“ schreibt, soll in der Fraktion Vincke die gestrige Abstimmung über das Amendement Kühne zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt haben, man sprach sogar von dem Austritt des Hrn. v. Vincke aus der Fraktion. — Die „Preuß. Ztg.“ widerlegt die Gerüchte von dem Projekt des Verkaufs der fiskalischen Steinkohlengruben zu Saarbrücken. — Nach einer Mittheilung der „Allg. Ztg.“ soll Hr. v. Zedlitz Schloßhauptmann eines der königl. Schlösser der Rheinprovinz werden, also ein Hof-Ehrenamt erhalten. — Die Finanzkommission des Herrenhauses empfiehlt einstimmig, eine Petition um Einführung des Tabaksmonopols oder einer Tabakverbrauchssteuer als Bedingung der Erneuerung des Zollvereins-Vertrages der Regierung unter Bezugnahme auf die bei dem Herrenhause bereits früher gestellten und von demselben angenommenen Anträge zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dresden, 31. Mai. (Dr. J.) Die Erste Kammer hat heute über die kurhessische Verfassungsangelegenheit berathen. Der Deputationsantrag: der von der Zweiten Kammer beschlossenen Verwahrung gegen den Bundesbeschuß von 1852 nicht beizutreten, wurde gegen 7 Stimmen, der auf Ablehnung des jenseitigen Antrags an die Staatsregierung (Mitwirkung zur baldigen Wiederherstellung des Rechtszustandes in Kuchessen unter Festhaltung der Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1831) gegen 1 Stimme, und der Antrag, die Eingabe der Abgg. Eichorius und Genossen auf sich beruhen zu lassen, gegen 4 Stimmen angenommen.

Wien, 31. Mai. (Oesterr. Ztg.) Die Adresse, welche die Mehrheit der hier lebenden, der intelligenten Klasse angehörenden Tyroler in der Protestantenfrage an ihre Mitbürger in Tyrol gerichtet hatte, lautet:

Wir Trauer und Scham erfüllt uns das Treiben einer jeholischen Propaganda, der es gelungen, den Landtag Tyrols zu einer höchst unzeitigen Kundgebung des bornirtesten Provinzialparlamentarismus, zu einem Proteste gegen das neue Protestantengesetz aufzufacheln. Während allenthalben in und außer Oesterreich dieser Art lange vorentsprechender Geringschätzung gegen die akatholischen Mitbürger und gegen sämtliche deutsche Bundesländer, zugleich aber auch der Staatstugheit mit Beifall begrüßt wurde, wird in den Gauen unseres, vom Protestantismus niemals bedroht gewesenen Vaterlandes der Geist eines blinden Glaubensfanatismus heraufbeschworen und dem in allen Verfassungen der Neuzeit als Grundgesetz aufgestellten Prinzip der konfessionellen Gleichberechtigung der offene Krieg erklärt. Je rücksichtsloser jede Gegenstimme durch die Waffen des Terrorismus dabeim erstickt wird, desto erwinichteter muß es Euch wahren Kämpfern der Minorität sein, eine moralische Stütze in den Sympathien und im Dankesausdruck Eurer Landesleute zu finden, welche, obgleich seit Jahren außerhalb des tyrolischen Vaterlandes lebend, niemals aufgehört haben, denselben mit aller Wärme des Herzens zugeban zu sein, und welche mit tiefem Schmerz der Mißbrauch erfüllt, der mit dem glaubenstreuen Sinn unseres biedern Volkes getrieben wird.

Wien, 31. Mai. Die Delegirten der Wiener Handels- und Gewerbekammer zum Handelsstage haben ihren Bericht über die Ergebnisse desselben erstattet. Sie sagen darin u. A., die Vereinigung von Männern aus allen deutschen Gauen gebe, wie die eben beendeten Verhandlungen unwiderlegbar bewiesen, Gewähr für eine Verständigung der Geister, welche für die allgemein deutsch-nationalen Bestrebungen die herrlichsten Früchte bringen dürfte:

Sehr bedeutungsvoll waren in dieser Beziehung die Worte des großh. bairischen Handelsministers, als er den Handelsstag im Namen Sr. Kön.

Hohheit des Großherzogs begrüßte und die Hoffnung aussprach, daß der deutsche Handelsstag, indem er die Einheit Deutschlands in materiel-ler Beziehung anbahne, auch für die politische Einigung vorbereitend wirken werde. Der Geist, der in den Verhandlungen und Beschlüssen des Handelsstages herrschte, entsprach vollkommen diesen Worten, und es machte sich überall ein allgemein deutscher Sinn, abgesehen von den differirenden Bestrebungen Nord- und Süddeutschlands, in der befriedigendsten Weise bemerkbar. Die österreichischen Abgeordneten fanden in der Versammlung eine herzliche Aufnahme, und es gelang ihnen, die Beziehungen, welche sich namentlich zu den Delegirten Süddeutschlands bildeten, während der Verhandlungen noch inniger zu gestalten. Von großem Einflusse für die Ertelung der österreichischen Delegirten waren die neuesten politischen Vorgänge in unserem Vaterlande, da die ernstlich in Angriff genommene konstitutionelle Entwicklung Oesterreichs bei den deutschen Bruderstaaten die lebhafteste Theilnahme erregt und als das unschätzbare Mittel begrüßt wird, uns in Deutschland die theilweise verlorenen Sympathien wieder zu gewinnen. Es waren in der Vor-Kommission von einer Seite Resolutionen beantragt, welche nur die Entwicklung des bestehenden Handels- und Zollvertrags betonen, von einem eventuellen Eintritte Gesamtösterreichs in den Zollverein aber nicht wissen wollten. Ihre Delegirten waren daher bestrebt, die diesfälligen Ansprüche Oesterreichs entschieden geltend zu machen, wobei sie von sämtlichen Delegirten Süddeutschlands, sowie von mehreren Abgeordneten Norddeutschlands kräftig unterstützt wurden. Das Resultat dieser Bemühungen war die Annahme einer Resolution, welche für Oesterreich den großen Werth einer sympathischen Kundgebung des nichtösterreichischen Deutschlands hat, indem sie den eventuellen Eintritt Oesterreichs in den Zollverein als sehr wünschenswerth bezeichnet, andererseits aber die Schwierigkeiten, welche einem sofortigen vollständigen Zollanschluss Oesterreichs gegenwärtig entgegenstehen, in gebührender Weise berücksichtigt und Oesterreich die volle Freiheit der Einseitigkeit wahr.

Wien, 1. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sind folgende Interpellationen eingelaufen: 1) Von P. Frey: Was gedenkt das Ministerium zu thun, um den Agitationen in Tyrol zu steuern? Wird es den Staatsdienern, welche sich als die Leiter dieser Agitationen herausstellen, die nöthigen Weisungen zufommen lassen? Wird endlich das Ministerium das Protestantengesetz vom 8. April zum verfassungsmäßigen Abschluß vor den Reichsrath bringen? 2) Von Dietl: Ob die Regierung in der Vermögensangelegenheit der Krakauer Universität Schritte gehen habe, da sich dadurch bedeutende Ersparungen für den Staatshaushalt ergeben würden? 3) Von Dietl bezüglich der Sprachangelegenheit an den galizischen Unterrichtsanstalten. Der Handelsminister, Graf Wickenburg, beantwortet die Interpellationen wegen der Elbzölle. Die Regierung hat sich stets bestrebt, auf einen niedrigeren Zolltarif bei den Uferstaaten der Donau und Elbe hinzuwirken, aber die letzten Konferenzen unter den Elb- und Uferstaaten 1858 zu Hamburg sind ohne Resultat geblieben. Es gelang bis jetzt nur, für einzelne Waarenklassen niedrigere Wasserzölle zu vereinbaren. Im Hinblick auf die bevorstehende Aufhebung des Stadter Zolls und die bereits ausgesprochene Beseitigung der Durchfuhrzölle im Zollverein hoffe jedoch die Regierung auch hinsichtlich der Elbzölle ähnliche Erleichterungen zu erreichen. Der Justizminister Pratoberer beantwortet die Interpellation wegen des Gesetzes über das Vergleichsverfahren bei Zahlungseinstellungen dadurch, daß er den betreffenden Gesetzentwurf einbringt. Es beginnt nun die Spezialdebatte über das Immunitätsgesetz. Der Justizminister hebt zunächst unter allgemeiner Zustimmung den vorerwähnten Charakter der Regierung in dem Streite der Nationalitäten hervor. Sodann zur Verteidigung der Regierungsvorlage übergehend, bekämpft er einige erhobene Bedenken des Ausschusses. Als er auf die Bestimmungen bezüglich der Unverantwortlichkeit der Abgeordneten zu sprechen kommt, bemerkt er u. A. (nach der „Wien. Ztg.“): „Es ist in der jüngsten Sitzung auch auf die Verfassung Kurhessens von Seite des Staatsministeriums [d. h. des Hrn. v. Schmerling] hingewiesen, wobei aber — was ich ausdrücklich hier bemerke — die Verfassung vom Jahr 1831 gemeint ist, die im Art. 87 diese Majoritätsbestimmung enthält (lebhaftes Bravo), deren Wiedereinführung, wie Sie wissen, so sehr leicht von allen Seiten gewünscht wird.“ Eine andere Einwendung des Ausschusses gibt dem Redner Veranlassung, die Unabhängigkeit und Ehrenhaftigkeit des österr. Richterstandes energisch zu betonen. In Betreff der weiteren Verhandlungen über das Immunitätsgesetz mag es vorläufig genügen, wenn wir bemerken, daß die großen Gegensätze des Zentralismus und des Dezentralismus (namentlich in Betreff der Frage über die Kompetenz des Reichstags, zumal in seiner jetzigen Zusammenlegung gegenüber der der Landtage) abermals so hartnäckig aneinander gerathen sind, daß die Sache allmählig bedenklich zu werden anfängt.

Mehrere itrische Gemeinden haben wieder Loyalitätsadressen nach Wien gesandt. — Die Nachricht von einer neuen Staatsanleihe im Betrage von 6 bis 8 Millionen beschäftigt sich nur insofern, als vom Finanzministerium eine Operation zur Deckung des Silberbedarfs behufs Zahlung der nächsten Coupons gemacht wurde, da die Einlösung der Nationalanlehenscoupons bekanntlich wieder in Silber geschieht. Die Operation reduziert sich auf ein Vorschußgeschäft, das abgeschlossen wurde, indem die Finanzverwaltung eine Anzahl älterer Staatspapiere durch ein Consortium süddeutscher Bankiers belehnen ließ. Dadurch hat sie sich 6 Mill. Silber in Frankfurt, wo der Coupon zur Einlösung kommt, beschafft.

Triest, 30. Mai. Gestern Abend hat die Generalversammlung des österr. Eisen Lloyd stattgefunden. Die Fahrten zwischen Triest und Alexandria werden verdoppelt. Die Betriebseinnahme betrug 6,833,512 fl., die Verwaltungskosten und Schiffskosten 5,179,54 fl., der Gewinn 1,098,876 fl. Alle rückständigen Abschreibungen und Defizits im Betrage von 2,395,728 fl. wurden als Schuld des Gewinns und Verlustkonto in Bilanz gesetzt. Vom Gewinn werden für 1860 volle Abschreibungen gemacht, 4 Proz. Aktienzinsen gezahlt, der Reservefonds dotirt.

Oesterreichische Monarchie.

Wesib, 31. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses sprach Moczy Ludwigo, Sarkozy Kasimir und Gengery Anton für, Kovecz Emerich, Bujanowits und Patay Stephan gegen die Adresse.

Wesib, 1. Juni. (Dest. Ztg.) Barczay von der Beschlußpartei legt sein Mandat nieder. Nyary beantragt, daß's Motive sollen mit dem Zusatz: „der Landtag erklärt die 1848r Gesetze hergestellt,“ als Beschluß ausgesprochen werden.

Wesib, 1. Juni. Nyary sprach für Resolution und legt ein formulirtes Amendement der Proposition Deal's auf den Tisch des Hauses nieder. Uirnenyi ist für die Adresse. Zinszky und Blad, ein Rumäne, für Resolution. Nachdem der Redner geneigt hatte, erneuerte sich der Ruf nach Abstimmung. 46 Anhänger der Adresse entsagen ihrem Rechte, was von Bonis als Parteimandover bezeichnet wird. Nach heftiger Debatte erklärt der Präsident: Die Frage sei vorläufig in Privatkonferenzen zu behandeln, wo dann ein Tag zur Abstimmung festgesetzt werden wird.

Italien.

Turin, 30. Mai. Umbrien wird von reaktionären Banden durchzogen. Die Regierung veranlaßte deshalb eine Vernehmung der Truppen, sowie die Mitwirkung der Nationalgarde. Die Regierung beabsichtigt, den Konflikt von Bayern, Württemberg und Mecklenburg das Crequatur zu entscheiden, weil jene Regierungen keine Dokumente mit der neuen Bezeichnung „Italienisches Königreich“ annehmen wollen.

Turin, 1. Juni. Graf Cavour befindet sich besser. Die Nachrichten aus Neapel gehen bis zum 31. und diejenigen aus Messina bis zum 30. Zwei Kompagnien Soldaten sind zur Unterstützung der Nationalgarde von Catania abgegangen, um einen großen Insurgentenhaufen, welcher sich in dem Wald von Francavilla gebildet hat, zu vernichten.

Turin, 1. Juni. Das Befinden des Grafen Cavour ist heute wieder schlimmer; man hat ihm zweimal zur Ader gelassen. Indessen hat man keine ernstlichen Befürchtungen.

Caprera, 10. Mai. Unter vorstehendem Datum hat Garibaldi eine Zuschrift an die unitarische Gesellschaft zu Palermo gerichtet, worin er ihr dafür dankt, daß sie ihn zu ihrem Ehrenpräsidenten gewählt hat und dann fortfährt:

Da ich durch die englischen Zeitungen erfahren habe, daß die Rede davon sei, Sard in ein dem Papst zu geben, so ist mir der Gedanke gekommen, dem Gutachten Ihrer Gesellschaft, zu welcher ich jetzt die Ehre habe zu gehören, folgenden Entschluß vorzulegen, dessen Prinzipien, wie es nöthig wäre, nicht allein in den Gesellschaften, sondern auch unter dem ganzen italienischen Volk zu verbreiten sein würden:

„In Anbetracht, daß Christus, indem er auf Erden die Gleichheit unter den Menschen und Völkern verkündete, sich den Dank und die Liebe Aller erworben — gehören wir zu der Religion Christi; in Anbetracht, daß der Papst, die Kardinäle, die Sanftseligen, alle Soldatene Italiens und die in Rom vereinigten Episcopi das Hauptbindenriß der Einigung Italiens sind, indem sie den Bürgerkrieg herbeiführen und unterhalten — gehören wir nicht zu der Religion des Papstes. Aus diesen Gründen beschließen wir: Erster und einziger Artikel, daß der Papst, die Kardinäle u. s. w. auf der Stelle ihren Wohnsitz (Cotega) ändern und sich so weit als möglich von Italien entfernen, indem sie diese unglückliche italienische Nation, welche sie seit Jahrhunderten gemartert haben, sich definitiv konstituieren lassen.“ Mit Liebe und Dankbarkeit, Ihr u. s. w.

Rom, 31. Mai. Die römische Regierung hat fürzlich, wie es heißt, Unterhandlungen mit den Mächten wegen Sicherstellung ihres Gebietes angeknüpft. Franz II. scheint noch nicht geneigt zu sein, Rom zu verlassen.

Frankreich.

Paris, 1. Juni. Die offiziöse Agentur Havas-Bullier veröffentlicht heute eine Depesche aus Konstantinopel, worin man sich dahin geäußert hätte, im Libanon eine einheitliche christliche Behörde herzustellen, welche direkt von der hohen Pforte abhängen soll — eine Kombination, wodurch, wie die Depesche beifügt, den Absichten Frankreichs vollständig genügt ist. Hier eingelaufene Berichte stimmen mit dieser Version keineswegs überein; ihnen zufolge wäre im Gegentheil der französisch-oesterreichische Vorschlag auf Einsetzung eines einzigen eingebornen christlichen Chefs im Libanon von den englischen, russischen und preussischen Mitgliedern der Kommission im Einvernehmen mit der Türkei verworfen worden. Es sind schon jedenfalls weitere Nachrichten abzuwarten. Uebrigens hat Hr. Thouvenel in Folge der vorstehend erwähnten Nachrichten sofort einen Kurier nach Fontainebleau abgefand, wo wahrscheinlich morgen ein außerordentlicher Ministerrat stattfinden wird. Graf Walowski und Hr. Thouvenel sind bis jetzt die einzigen an das kaiserl. Hoflager zu Fontainebleau geladenen Minister. — Ritter Nigra, der designirte Vertreter des italienischen Königreichs, hat, wie man versichert, seine ehemalige Wohnung in Paris zur ersten Hälfte Juli wieder gemietet. Man scheint in Turin schon an einer baldigen Anerkennung des italienischen Königreichs nicht zu zweifeln. — General Goyon soll ernstlich unwohl sein. — Prinz Napoleon und Prinzessin Clotilde reisen morgen nach Toulon ab, wo sie sich einschiffen werden. Es scheint, daß die Reise des Prinzen sich nicht auf Algier und die Küsten von Spanien und Portugal beschränken soll, sondern daß er sie bis Amerika ausdehnen wird. — „Days“ und „Patrie“ widerlegen heute die Angabe der „Indep. Belg.“, daß Hr. v. Persigny sein Landgut Camarande beziehe, um nur zweimal wöchentlich dem Ministerrath beizuwohnen. Ein Minister der des Innern in Frankreich habe am wenigsten zur Zeit der Wahlen für die Generalräthe Zeit, sich solche Mühe zu gönnen. Auch die von demselben Blatt erwähnte Note des Hr. Thouvenel an die Höfe von Wien und Madrid wegen der römischen Angelegenheit wird als gar nicht vorhanden erklärt.

Paris, 2. Juni. Der „Moniteur“ enthält heute ein

Decret, womit die Mitglieder des kaiserl. Rath's für den öffentlichen Unterricht für das Jahr 1861 ernannt werden. Durch ein weiteres Decret wird eine Kommission gebildet, welche mit der Beurtheilung der Antworten auf die ausgeschriebene Frage: „Welches sind die Bedürfnisse des Elementarunterrichts in einer Landgemeinde von dem dreifachen Standpunkte der Schule, der Schüler und des Lehrers aus?“ beauftragt ist. Zum Präsidenten dieser Kommission ist Hr. v. Roper ernannt worden. Ferner schreibt das amtliche Organ:

Die religiösen Fragen haben in letzter Zeit zu Diskussionen Veranlassung gegeben, deren Unabhängigkeit die Regierung nicht glauben hindern zu können, trotzdem sie die Ueberschreitungen mehrfach bedauerte. Diese Diskussionen beginnen aber immer leidenschaftlicheren Charakter anzunehmen, und heftige Angriffe werden jeden Tag, auf dem Wege der Zeitungen und Flugschriften, gegen den katholischen Klerus gerichtet. Die Regierung, deren Pflicht es ist, der Religion und ihren Dienern Achtung zu verschaffen, fordert die Schriftsteller zur Wägung auf, welche einige von ihnen außer Acht gelassen haben, und ist entschlossen, die Unterdrückung derartiger Angriffe zu veranlassen, welche in von dem Gesetz qualifizierte Vergehen ausarten würden. Auf die Mittheilung, welche dem Hr. Siegelbewahrer von dem Minister des Innern gemacht worden ist, hat Ersterer 2 Flugschriften dem Parquet überwiesen, von denen die eine: „Crimes, délits et scandales au sein du clergé dans ces derniers temps“, und die andere: „Les petits livres de la rue de Fleurus“ betitelt ist. Eine Untersuchung wurde sofort gegen die Urheber dieser Veröffentlichungen eingeleitet.

Wie der „Moniteur“ berichtet, fiel die Wahl der zur Prüfung der Pläne für die Große Oper eingeleiteten Kommission einstimmig auf den Plan des Hr. Karl Garnier. — In dem Hafen von Vorient wurden zwei schwimmende Batterien von Eisen auf die Werke gestellt. Ebenso soll nächstens mit dem Bau einer besondern Art von Schiffen, „carapaces“ genannt, begonnen werden. Diese neuen Fahrzeuge werden zur Ausrüstung 4 gezogene Stahlanonen erhalten.

Belgien.

Brüssel, 31. Mai. Wie man mir sagt, wird der „Moniteur“ morgen das von Hr. Rogier kontrahirte Goldgesetz und gleichzeitig die Entlassung des Hr. Frère amtlich verkündigen. — Es sind hier allerlei Gerüchte über den vor einigen Tagen zu Paris erfolgten Tod Joachim Lelewel's in Umlauf. [Lelewel war am 20. März 1786 in Warschau geboren. Seit 29 Jahren hatte er in Brüssel als politischer Flüchtling gelebt.]

Niederlande.

Haag, 31. Mai. In der Ersten Kammer der Generalstaaten ist gestern das Gesetz, welches den Aufenthalt und den Durchzug fremder Auswanderer regelt, einstimmig angenommen worden; die Regierung hat sich zugleich bereit erklärt, dieses Gesetz außerhalb des Landes möglichst bekannt zu machen.

Großbritannien.

London, 1. Juni. Lord John Russell hat dem Parlamente wieder 2 Depeschen über die Macdonald-Affaire vorgelegt. Die erste ist die bekannte Depesche des Hr. v. Schleinitz, in welcher er sich über die von Lord Palmerston im Unterhause gebrachten Auslassungen gegen Preußen beschwert. Die zweite enthält die Antwort Lord J. Russells; dieselbe ist vom 22. v. M. datirt und sagt nach einigen formellen Bemerkungen:

Was den Inhalt der Depesche des Hr. v. Schleinitz anbelangt, so habe ich zu bemerken, daß, nachdem sie im Wesentlichen eine Erwiderung auf, und eine Rüge gegen Lord Palmerston's Rede enthält, es natürlich war, daß ich dieselbe über die Art, wie sie behandelt werden sollte, zu Worte zog. Und habe ich Ihnen hiemit mitzutheilen, daß, hätte die Depesche des Hr. v. Schleinitz bloß eine wiederholte Auseinandersetzung der Ansichten der preussischen Regierung über die Macdonald-Angelegenheit, und nebenbei die Mittheilung enthalten, daß diese ihre Ansichten durch Das, was bei bequater Gelegenheit im Unterhause gesprochen worden war, nicht im geringsten geändert worden seien, Lord Palmerston es nicht für nöthig erachtet hätte, vermittlest einer Entgegnung eine Diskussion zu verlangen, die Jeder, dem ein herzlich gutes Einvernehmen zwischen der preussischen und englischen Regierung am Herzen liegt, bedauern muß, und beendigt sehen möchte. Nachdem jedoch Hr. v. Schleinitz es für gut befunden hat, an einer Stelle seiner Depesche Lord Palmerston zu beschuldigen, „daß er auf die Regierung und die Gesetze Preußens unbegründete Vorwürfe häufe“, und wieder an einer andern Stelle, „daß er der Regierung und den Gesetzen Preußens unbegründete und ungerechtfertigte Vorwürfe gemacht habe“, hält es Lord Palmerston für Recht, zu erklären, daß Alles, was er bei bequater Gelegenheit geäußert hat, mit Ueberlegung und voller Ueberzeugung geäußert worden war; daß er sich zu Allem, was er sagte, wohlüberlegt auch heute noch bekennt; daß er nichts zurückzunehmen oder wegzuerklären hat, und daß er überzeugt ist, daß die damals durch ihn ausgesprochenen Ansichten von der großen Masse seiner Landsleute vollständig getheilt werden. Das Eine möchte er aber hervorzuheben wissen, daß sich seine Äußerungen lebhaft auf das Verhalten der preussischen Regierung und deren untergeordneten Beamten bezogen, und daß er nichts gesagt habe, wodurch das preussische Volk sich gerechert Weise beleidigt fühlen könnte, in Betreff dessen er bloß sein Bedauern ausgesprochen habe, daß es Gesetzen unterworfen sei, die untergeordneten und unverantwortlichen Beamten eine Macht und ein Ansehen einräumen, die, wie es gegen Kapitän Macdonald der Fall gewesen, mit Grausamkeit und Ungerechtigkeit gehandhabt werden können, ohne daß die strengen gesetzlichen Grenzen deshalb überschritten werden müßten (!).

Dem Vernehmen nach ist Baron Adolph Rothschild, der Chef des neapolitan. Hauses Rothschild, in London angekommen. Der Besuch steht, wie man vernimmt, mit den Finanzprojekten der italienischen Regierung im Zusammenhang.

Rußland und Polen.

Warschau, 30. Mai. (B. L. B.) Das Frohnreich namsest ist ruhig verlaufen. Man erwartet, daß die 38 in Modlin Inhaftirten morgen freigelassen werden.

Montenegro.

* Aus Ragusa, 31. Mai, wird gemeldet, daß der Fürst von Montenegro, um den Schwierigkeiten mit der Pforte aus dem Wege zu gehen, entschlossen sei, die gegenwärtig von seinen Truppen besetzten türkischen Dörfer zu räumen. Dieselben gehören nach der Grenzfeststellung von 1859 zu dem türkischen Reiche. Die Nachricht, daß Frankreich und England gegen die Art und Weise, wie Dmer Pascha an der Grenze von Montenegro operirt, Einsprache erhoben haben, wird dementirt.

Amerika.

* **Neu-York.** Wie man dem Pariser „Moniteur“ schreibt, sind in diesem Augenblick im Norden der Vereinigten Staaten 250,000 Mann marschbereit. Die Schwierigkeit jedoch, die Truppen zu konzentriren und große Herden zu formiren, ist so außerordentlich groß, daß die Nordstaaten dem Feind gegenwärtig nur 40,000 Mann entgegenstellen können, von denen sich 30,000 in Washington befinden. Der Süden hat, wie man annimmt, 50,000 Mann unter den Waffen. Dieselben sind in 3 Armeekorps getheilt, welche sich von drei verschiedenen Seiten auf Washington zu bewegen. Der Norden sucht den Süden durch Aushungern zu unterwerfen, und hat ihm zu diesem Zweck die Getreidezufuhren aus dem Westen abgebrochen. Der Süden läßt dagegen keinen einzigen Baumwollenballen nach den Nordstaaten ausführen, um deren Manufakturen zu Grunde zu richten. Der Süden erklärt ferner, daß die Verächtigung einer gegen den Norden eingegangenen Schuld als ein Verrath an den verbündeten Südstaaten betrachtet werde; die Bundesregierung ihrerseits droht die Besizer der Dampfschiffe, deren sich der Staat Virginien bemächtigt hat, gerichtlich zu verfolgen, wenn sie eine Entschädigung von diesem Staat annehmen würden. Im Süden werden für jeden Mann, welcher an Bord eines den Nordstaaten gehörigen Schiffes getödtet wird, 20 Doll. bezahlt, und 25 Doll. für jeden Gefangenen. Im Norden hat der Gouverneur von Massachusetts den Offizieren Instruktionen gegeben, um Sklavenaufstände zu provoziren.

London, 2. Juni. Wie dem Reuterschen Bureau aus Neu-York vom 22. Mai gemeldet wird, hat der Kongreß zu Montgomery die Ausgabe von fünfzig Millionen Doll. in Obligationen zu acht Prozent verfügt, welche in zwanzig Jahren rückzahlbar sind. Die Bundesregierung wird zu seinem sofortigen Angriff schreiten. Präsident Lincoln wird jeder europäischen Macht, die sich in den amerikanischen Kampf einmischen sollte, den Krieg erklären, und hat Spanien davon in Kenntniß gesetzt, daß, wenn es von San Domingo Besitz ergreife, es dies auf seine eigene Gefahr und Verantwortlichkeit thue. In Bezug auf das Seerecht nimmt er die auf dem Pariser Kongreß von 1856 gefaßten Beschlüsse an, ebenso nimmt er ein ihm angebotenes Regiment kanadischer Freiwilliger an. Der Gouverneur von Kentucky hat es sowohl den Truppen des Nordens, wie denen des Südens untersagt, das Gebiet des Staates zu betreten, da derselbe seine Neutralität bewahren wolle. Die Blokade von Charleston ist aufgehoben worden. Der zu Pensacola in Florida angekommene Präsident Jefferson Davis ist daselbst mit Begeisterung empfangen worden. Ein Dampfer der Vereinigten Staaten hat eine Batterie zerstört, welche die Einfahrt zum Hafen von Norfolk in Virginien verteidigte.

Grünfeld, 1. Juni. Das große Brandunglück, mit welchem unser Städtgen heimgesucht worden ist, ist durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden. In dem Glauben an die allwaltende göttliche Vorsehung und im Vertrauen auf die Liebe und Wohlthätigkeit unserer Nebenmenschen wurzelte unsere Hoffnung auf Abhilfe und Erleichterung unseres Unglücks. Und siehe da! unser Vertrauen wurde nicht zu Schanden. Kaum war die Kunde von unserem Brandunglück zu unserem durchlauchtigten Großherzog gelangt, so hatten sich Allerhöchstdieselben mit gewohnter, allbekannter landesväterlicher Huld und Gnade bereit, zur Linderung unseres Unglücks den bedeutenden Betrag von 400 fl. aus Allerhöchstherr Privatkasse zu spenden.

Wir können nicht mit Worten schildern, welch tiefen Eindruck diese fürsichtige Huld und Gnade auf das Herz aller Betheiligten machte. Die Unterstützungskommission hat sich erlaubt, diesem allgemeinen Dankgefühl in einer einfachen Dankadresse an Seine Königliche Hoheit unseren durchlauchtigten Großherzog einen Ausdruck zu geben, und wir sind vollkommen überzeugt, daß der erhabene Landesvater diesen Ausdruck mit Huld entgegennehmen wird.

Auch aus einer uns bisher unbekanntem Quelle aus Freiburg floß uns eine weitere bedeutende Unterstützung von 150 fl. zu. Dem hochherzigen Geben — welchen unser Herz erathen dürfte — sollen wir für diese edle Gabe gleichfalls unsern tiefgefühlten Dank.

Die Unterstützungskommission für die Brandverunglückten in Grünfeld: Karl Stetter, Pfarreiverwalter. Baumann, Bürgermeister. Ch. Barthel. Jakob Bollrath. Martin Kraft. Kaspar Hartig.

Für die Brandverunglückten in Grünfeld, Amis Gerlachshelm (Karlsruher Zeitung Nr. 109), sind laut unserer Ankündigung in Nr. 127 bei uns eingegangen 173 fl. 41 kr. Seitdem weiter: Von J. A. 30 fr., von W. L. 3 fl. 30 fr. Zusammen 177 fl. 41 kr. Zu weiterer Annahme von Gaben sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 3. Juni 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Der geehrten Expedition der „Karlsruher Zeitung“ beschleunigen wir hiemit, dankend im Namen der Brandverunglückten in Grünfeld, den Empfang der für dieselben gesammelten und mit Schreiben vom 30. v. M. uns zugelandeten Unterstützungsgaben im Betrage von 163 fl. 41 kr. Einhundert Sechzig Drei Gulden 41 fr. Mannheim, den 1. Juni 1861. Regierung des Unterreichs, Böhm.

Für die Brandverunglückten in Glarus sind laut unserer Ankündigung in Nr. 127 eingegangen 20 fl. Seitdem weiter: Von W. L. 3 fl. 30 fr. Zusammen 23 fl. 30 fr. Karlsruhe, den 3. Juni 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

U.23. Blumenfeld. Allen auswärtigen Freunden und Bekannten theilen wir die traurige Nachricht mit, daß gestern den 1. Juni unser lieber Gatte und Vater, Postexpeditor und Sternwirt Anton Wesle, nach langer Krankheit in einem Alter von 42 Jahren gestorben ist. Blumenfeld, den 2. Juni 1861.
Die trauernden Hinterbliebenen.

T.901. Wolfach. Der Verfasser des Artikels in der Karlsrüher Zeitung Nr. 114, d. d. Wolfach, den 13. Mai, hat für gut gefunden, nach Mittheilung des Resultates der letzten Bürgermeisterversammlung noch zu bemerken, daß unsere Gemeinde neuer Anregung zu regerem Leben, zu lebhafterem Fortschreiten in der Entwicklung der städtischen Angelegenheiten aller Art bedürftig ist.

Der unterschriebene Gemeinderath und engere Ausschuss kann getrost behaupten, daß er durch sein Wirken in den letzten Jahren hinlänglich bewiesen habe, daß er nichts zu thun versäumt, was zur gedeihlichen Entwicklung der städtischen Angelegenheiten beitragen konnte, und muß daher obige Bemerkung als eine unechte, böswillige und leidenschaftliche erklären. Würde der Verfasser oben erwähnten Artikels auch nur ein wenig an seine Vergangenheit zurückdenken, so müßte er beschämender auftreten, als er dies bisher that, um so mehr, als er nicht hiesiger Gemeindeglieder ist, und in Gemeindegangelegenheiten also gar nicht mitzusprechen hat.

Wer immer auch an die Spitze der hiesigen Gemeindeverwaltung treten mag, den Anforderungen dieses Herrn wird nie entsprochen, und seine unbefugten Einmischungen in Gemeindegangelegenheiten werden stets verdammend zurückgewiesen werden. Wolfach, den 29. Mai 1861.

Der Gemeinderath und engere Ausschuss.
Bürgermeister Vöhrer.
Wilh. Armbruster.
R. Armbruster.
R. Lorenz.
H. Sandhaas.
Jakob Neef.
Karl Billweber.
H. J. Duppe.
Roman Daag.
Andreas Armbruster.
H. Neef.

Wir wissen nicht, wer die unterzeichneten Herren für den Verfasser des betr. Artikels halten; es dürfte jedoch leicht möglich sein, daß sie sich richtigen Vermuthungen hingeben. — D. Neef.

U.32. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Die Einrichtung eines direkten Güterverkehrs zwischen der groß. Staats-Eisenbahn und der Schweizerischen Centralbahn betr.

Höherer Genehmigung zufolge wird vom 5. I. M. an zwischen den hiesigen Stationen Mannheim, Rhein- und Neckarhafen und Bahnhof, Heidelberg, Bruchsal, Wilsberg, Karlsruhe, Baden, Rell, Pfersburg, Dillingen, Lahr, Freiburg, und Gallingen einerseits und den Stationen der Schweizerischen Centralbahn Niederhauenthal, Lützel, Olten, Marau, Narburg, Föfingen, Luzern, Langenthal, Herzogenbuchsee, Burgdorf, Bern, Thun, Freiburg, Solothurn, Biel und der Dampfstation Fluelen andererseits direkte Güterabfertigung stattfinden unter Anwendung direkter Tarifsätze und bestimmter Lieferzeiten.

Der Transport der Güter zwischen den beiderseitigen Bahnhöfen in Basel und die Beförderung der Zollformalitäten beim Ein- und Ausgang daselbst sowohl der badiischen wie der Schweizerischen Zollbehörde gegenüber, wird durch den besonders hierzu aufgestellten Transportunternehmer besorgt und sind die betr. Kosten in den zur Erhebung kommenden direkten Tarifsätzen inbegriffen.

Wir bringen dies zur allgemeinen Kenntniss mit dem Anfügen, daß über die hier maßgebenden Tarifsätze und sonstigen Bestimmungen bei den genannten hiesigen Stationen nähere Auskunft ertheilt wird, bei welchen auch von dem betr. Tarif auf Verlangen einzelne Exemplare gegen Ersatz der Anschaffungskosten abgegeben werden. Karlsruhe, den 2. Juni 1861.

Direktion der groß. Verkehrsanstalten.
B. B. d. L.
Berlin.

U.30. So eben erscheint bei J. S. Geiger in
Zürich:
Mus unserer Zeit.

Gedichte
von
Georg Länquin, Harter.
Preis 1 Gulden.

Aus den Ueberschriften: Zum Reformationsfeste; Ob Kraft und Stoff? für Italien; Zur Schillerfeier; Schleswig-Holstein, Deutschlands Wunde; Gott in der Geschichte (an Freiherren von Bunsen); Beim Abschlusse des Kontrahats; Am Tage des Kürstentums; Beim Tode des Freiherren von Bunsen.
Vorräthig in allen Buchhandlungen.

T.754. Im Verlage von L. Nank in Berlin erschienen so eben, vorräthig in allen badiischen Buchhandlungen:

Evangelische Predigten aus der Schlosskirche zu Karlsruhe von Willibald Beyschlag, Professor und Doktor der Theologie an der Universität Halle, früher Hofprediger in Karlsruhe. II. Sammlung. Preis 1 fl. 12 kr. I. Sammlung (früher erschienen) Preis 1 fl. 12 kr.

Das in der freimüthigen Weise des Verfassers geschriebene Vorwort spricht sich über seine und seiner Predigten Stellung zu den neuesten kirchlichen Ereignissen in Baden aus. Der Wunsch, seinen Freunden in Baden ein Andenken an eine entscheidungsvolle gemeinsame durchlebte Zeit zu überreichen, bewog den Verfasser zur Herausgabe dieser Sammlung.

Sommer-Saison Bad Homburg Sommer-Saison 1861. bei Frankfurt a. M. 1861.

Die Heilkraft der Quellen Homburgs macht sich mit großem Erfolge in allen Krankheiten geltend, welche durch die gestörten Funktionen des Magens und des Unterleibes erzeugt werden, indem sie einen wohlthätigen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Zirkulation in Thätigkeit setzen, und die Verdauungsfähigkeit regeln; auch in chronischen Leiden der Drüsen des Unterleibes, namentlich der Leber und Milz; bei der Gelbsucht, der Gicht etc., sowie bei allen den mannichfachen Krankheiten, die ihren Ursprung aus erhöhter Reizbarkeit der Nerven herleiten, ist der Gebrauch der Homburger Mineralwasser von durchgreifender Wirkung.

Im Badehause werden Mineralwasser- und Siphonbäder gegeben, und ebenso findet man hier gut eingerichtete Flußbäder. Molkeln werden von Schweizer Alpenfennen des Kantons Appenzell aus Ziegenmilch durch doppelte Scheidung zubereitet, und in der Frühe an den Mineralquellen, sowohl allein, als in Verbindung mit den verschiedenen Mineralbrunnen, verabreicht.

Das großartige Konversationshaus, welches das ganze Jahr hindurch geöffnet bleibt, enthält prächtig dekorierte Räume, einen großen Ball- und Concertsaal, einen Speise-Salon, Kaffee- und Rauchzimmer, mehrere geschmackvoll ausgestattete Conversationsäle, wo Trente-et-Quarante und Roulette unter Gewährung außergewöhnlicher Vortheile aufspielen, indem Ersteres mit einem halben Rekat und Letzteres mit einem Zero gespielt wird. — Das große Lesekabinett ist dem Publikum unentgeltlich geöffnet, und enthält die bedeutendsten deutschen, französischen, englischen, italienischen, russischen, polnischen und holländischen politischen und belletristischen Journale. Der elegante Restaurationssalon, woselbst nach der Karte gespeist wird, führt auf die schöne Asphaltpiazza des Kurgartens. Die Restauration ist dem rühmlichst bekannten Hause Chovot aus Paris anvertraut.

Das Kur-Orchester, welches 40 ausgezeichnete Musiker zählt, spielt dreimal des Tags, Morgens an den Quellen, Nachmittags in Musik-Pavillon des Kurgartens, und Abends im großen Ballsaal.

Bad Homburg ist durch die Eisenbahn-Verbindung gleichsam eine Vorstadt Frankfurts geworden; 20 Züge gehen täglich hin und her — der letzte um 11 Uhr Abends — und befördern die Fremden in einer halben Stunde; es wird denselben dadurch Gelegenheit geboten, Theater, Concerte und sonstige Abend-Unterhaltungen Frankfurts zu besuchen. Homburg befindet sich durch die Vollendung des rheinischen und bairisch-österreichischen Eisenbahn-Netzes im Mittelpunkte Europas. Man gelangt von Wien in 24 Stunden, von Berlin in 15 Stunden, von Paris in 16 Stunden, von London in 24 Stunden, von Brüssel in 12 Stunden, von Amsterdam in 12 Stunden durch Eisenbahn nach Homburg.

T.273. Karlsruhe.
Düsseldorfer Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluß- und Land-Transport.

Grundkapital: Eine Million Thaler preuß. Courant.
Die in weiten Kreisen der Geschäftswelt anerkannte Solidität der Gesellschaft, erhöht durch ihre Vereinigung mit der Niederländischen Allgemeinen Versicherungs-gesellschaft zu Ziel, die loyalen Bedingungen und die im Falle von Schäden nach dem Grundsatze der Billigkeit seither vorgenommenen raschen Erledigungen gewinnen derselben ein ungeheures Vertrauen.

Genannte Gesellschaft hat uns Vollmacht zum Abschluß von Versicherungen ertheilt, und wir halten zu deren Aufnahme unsere Vermittlung bestens empfohlen. Ueber Prämien etc. geben wir bereitwillig Auskunft. Unser Comptoir Langestraße Nr. 62 eine Stiege hoch. Karlsruhe, im Mai 1861.

Archeidt & Comp.,
Agenten der Gotha'schen Feuerversicherungsbank,
Agentur der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank Stuttgart,
und der Union-Affekuranz zu London.

T.668. Greußen (Thüringen).
Cacao-Gesundheitskaffee 80 Paek. 1 Thlr.; Hombopath. Apotheken, sowie einzelne Mittel

(Letztere beim Betrage eines Thalers alsdann unter portofreier Zusendung), halt, wie bekannt, zu den wohlfeilsten Preisen empfohlen.
Der geprüfte, homöopath. Apotheker
G. Doerre, in Greußen (Thüringen).

U.11. **Bad Antogast im Renththal.**

Seit 1. d. ist meine Badanstalt mit Sauerbrunnen wieder eröffnet. Dies bringe ich mit dem Bemerkten zur Anzeige, daß der jährlich sich mehrende Besuch meiner rühmlichst bekannten Heilquelle, die sich besonders durch ihre Reichhaltigkeit an kohlensaurem Natrium und Eisen auszeichnet, auch dieses Jahr mich veranlaßt hat, die Badanstalt zu vergrößern und mit Anlagen zu erweitern. Dieses, vereinigt mit der freundlichen, gesunden und milden Lage Antogasts, wird die Annehmlichkeiten des Badgastes erhöhen.

Prompte, gute und billige Bedienung ist bekannt. Bad Antogast, den 3. Juni 1861.

T.955. Bad Sulzbach im Renththal.
Baderöffnung.

Ich Unterzeichnete bringe hiermit zur Kenntniss, daß ich meine Badanstalt eröffnet habe. Da dieselbe durch glückliche Kuren bereits im In- und Ausland einen ausgezeichneten Ruf erworben, so unterlasse ich jede weitere Anpreisung. Indem ich das Publikum zu zahlreichem Besuche ergehen einlade, sichere ich den mich beehrenden Gästen prompte und billige Bedienung zu. Bad Sulzbach bei Oberkirch, den 29. Mai 1861.

Badeigentümerin
Josef Vörlig's Witwe.

U.12. Furtwangen.
Wieszanzeige.

Den geehrten Herren Besohnern von Karlsruhe und Umgegend mache ich die Anzeige, daß auch wir mit unserm Fabrikat in feiner wie ordinären Strohhüten in jeder beliebigen Façon, für Damen, Herren und Knaben, die Messe besuchen und zu billigen Preisen abgeben. Den geehrten Handelsleuten fidern wir zum Wiederverkauf einen bedeutenden Rabatt zu. Unsere Wude ist in der Schlossreihe. Furtwangen, den 1. Juni 1861.

L. Dold & Comp.,
Strohmanufaktur.

T.975. **Eiserne lithogr. Presse.**

Liefert 750 Abdr. von Post- und 900 von Adressarten-Größe. Preis nur 35 Thlr. In meinem Atelier arbeiten 10 Stück derselben, welche die schönsten Arbeiten in Gravir- und Zinn-Druck liefern. Jos. La Nuelle in Aachen.

T.541. Karlsruhe.
Orangenbäume-Verkauf.

Eine Anzahl Orangenbäume, theils in Kästen, theils in Kübeln, sind zu verkaufen durch
Markgräfliche Hofökonomie-Verrechnung.

U.7. Nr. 482. Wühlhausen.
Offene Braumeisterstelle.

In eine gut eingerichtete, herrschaftliche Bierbrauerei des badiischen Seetries wird ein tüchtiger, lediger Braumeister gesucht, welcher das altbayerische Brauverfahren theoretisch und praktisch vollkommen versteht und eine Kaution von 500 fl. stellen kann. Jährlicher Gehalt 500 fl. und Procente des Rein-ertrags. Bei besonderer Qualifikation und günstigem Vertriebsverfolg steht Aufbesserung in Aussicht. Eintritt 1. September d. J. Bewerber haben sich unter Anfügen ihrer Zeugnisse in frankirten Eingaben zu wenden an den Gräflich von Langenstein'schen Domänen-Inspektor Watz in Wühlhausen, Bezirksamt Enzen.

U.9. **Stelle-Antrag.**

Es wird ein im Hochbaufache geübter Zeichner gesucht, der Kenntnisse der Baukonstruktionen und Studien der modernen Baustyle nachweisen kann. Diese Stelle wäre sehr empfehlenswerth für einen jungen Architekten, der Gelegenheit hätte, sich praktische Kenntnisse in seinem Fache zu sammeln. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieser Zeitung.

Ladeneinrichtung-Gesuch.
U.42. Es wird eine elegante Ladeneinrichtung für ein Speisereisgeschäft nebst einem Schaufenster zu kaufen gesucht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

U.35. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Ich beehre mich, hiemit die Anzeige zu machen, daß der bisher von Herrn J. Schollenberger hier besorgte Verkauf der in der groß. Gartenbauschule hier produzierten Samen und Pflanzen zufolge Uebereinkommens mit der Direktion derselben unter Heutigem mir übertragen worden ist.

Karlsruhe, den 1. Juni 1861.
Karl Manning.

Verkaufs-Anzeige.

T.866. Es sind zwei ganz neue Beamten-Uniformen, die eine goldgestickt, die andere ohne Stickerei, beide vom feinsten Tuch und neuestem Schnitt, in Karlsruhe gemacht, zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

T.962. Nr. 646. Heidelberg.
Baliere-Gesuch.

Für die Ausführung der Hochbauten der Oberrheinbahn werden einige tüchtige Baliere gesucht. Hierzu Lusttragende haben sich alsbald unter Verlage der betreffenden Zeugnisse bei hiesiger Stelle zu melden. Heidelberg, den 31. Mai 1861.

Groß. Eisenbahn-Hochbau-Inspektion.
Heidelberg.

T.954. Nr. 6004. Karlsruhe.
Fahrniß-Versteigerung.

Aus dem Nachlasse des verlebten Reichthabers Karl Karzer dahier werden in dessen Behausung auf der Weide vor dem Friedrichsthor folgende Fahrnißgegenstände gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert, wozu die Liebhaber eingeladen werden, und zwar

Montag den 10. Juni d. J.,
Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr anfangend:

Gold und Silber, Tabakspfeifen, worunter mehrere sehr schöne, mit Silber beschlagene Meerchaumspise, eine große Anzahl Waffen, als Säbren, Doppelpistolen, Pistolen und dergleichen, Bücher und Manuskripte; Dienstag den 11. Juni d. J.,
Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr anfangend:

Seitwerk, Leinwand und Schreinwerk;
Mittwoch den 12. Juni d. J.,
Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr anfangend:

Schreinwerk und allerlei Hausrath;
Donnerstag den 13. Juni d. J.,
Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr anfangend:

Faß und Bandgeschirr und allerlei Hausrath.
Karlsruhe, den 1. Juni 1861.
Groß. bad. Stadtamts-Revizorat.
G. Scherard.
vdt. Mars.

T.991. Nr. 537. (Versteigerung von fortlebendem Ruz-, Bau-, Schwellen- und Brennholz im Forstbezirk Schwellingen.) Aus den Abtheilungen Reppberg, Entenpfuhl, kurze Hardt und Neubuch in der forstdomäne Hardt vertheilen wir mit der üblichen Zahlungsfrist

Donnerstag den 6. Juni:
596 Stück fortlebendes Ruz-, Bau- und Schwellenholz, theilweise zu diesem zugerechnet.
Freitag den 7. Juni:
650 Klafter fortlebendes Scheit-, Klob- und Prügelholz.

Die Verhandlung wird jeweils früh 9 Uhr im Adlerwirthshause zu Osterheim beginnen. Domänenwaldbüter Schnabel im Jägerhause bei Schwellingen wird dieses Holz täglich vorgelesen. Schwellingen, den 31. Mai 1861. Groß. bad. Bezirksforst. A. Cron.

T.980. Nr. 4840. Bül. (Fahndungszurücknahme.) Die in Nr. 99 ausgeschriebene Fahndung gegen Marianna Graf von Lauf wird hiemit wieder zurückgenommen. Bül., den 1. Juni 1861. Groß. bad. Amtsgericht. Gröbel.

T.972. Nr. 7316. Karlsruhe. (Fahndungszurücknahme.) Da Felician H. S. heute hier eingeliefert wurde, so nehmen wir unsere Fahndung vom 29. Mai d. J., Nr. 7300, zurück. Karlsruhe, den 1. Juni 1861. Groß. bad. Stadtamts-Gericht. v. Wittersdorff.